

# Freisinn FDP

Schweizerische  
Landesbibliothek  
Helvetiapresse 15  
3003 Bern

Freisinnige  
Partei der Schweiz

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>  
E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

DV BERN  Ja zur neuen Verfassung

## FDP macht Reformdruck

Die FDP Schweiz hat an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 20. März 1999 in Bern die Ja-Parole zur neuen Bundesverfassung beschlossen. In Thesenpapieren zur Staatsleitung, zu den Volksrechten, zum Föderalismus und zur Justiz machten die FDP-Delegierten klar, dass auch nach der Revision der Bundesverfassung der Reformdruck erhalten bleiben muss.



Die FDP-Delegiertenversammlung tagte für einmal im Nationalratssaal: Nationalratspräsidentin Trix Heberlein und Ständeratspräsident René Rhinow stellten die neue Bundesverfassung vor, Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger forderte eine Modernisierungspolitik für die Schweiz. (Bild ruti)

GUS. Die zwei Co-Präsidenten des Komitees für eine moderne Bundesverfassung, Nationalratspräsidentin Trix Heberlein und Ständeratspräsident René Rhinow, führten in die Materie ein.

Die neue Verfassung bilde die Grundlage für eine umfassende Reform des Staatswesens. Materiell Neues wurde nur in die neue Bundesverfassung aufgenommen, wenn es unbestritten blieb. Die Delegierten fassten mit 195 Ja

zu 2 Nein bei 2 Enthaltungen die Ja-Parole.

### Steinegger: Steuerstopp

Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger rief in der Eröffnungsrede nach einem neuen politischen Orientierungssystem. Nicht mehr alle politischen Probleme liessen sich auf der gewohnten Links-Rechts-Achse beantworten. Die FDP müsse die Kraft der Erneuerung werden. Zudem wiederholte er die Forderung nach einem Steuer- und Abga-

benstopp, mindestens bis eine Gesamtübersicht über die bestehenden und geplanten Steuern und Abgaben vorhanden sei. Notfalls müsse mit einer Volksinitiative nachgeholfen werden, welche die maximale Steuer- und Abgabenbelastung im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt (BIP) oder zum verfügbaren Einkommen fixieren würde.

### Bundesrat Couchepin: Mehr Reform nötig

Bundesrat Pascal Couchepin legte in seinem Referat dar, dass die neue Verfassung die Anpassung an die Bedürfnisse der nächsten Jahre erleichtere. Sie sei Voraussetzung für mehr Reformen, die vor allem im Hinblick auf die europäische Integration notwendig würden.

### FDP SCHWEIZ

#### Inhalt

- Einladung zur ordentlichen DV in Brig am 23./24. April 1999 auf Seite **5**
- Rede des Parteipräsidenten an der DV Bern vom 20. März ab Seite **10**
- Hinweise auf eine Tagung zum Thema «Gewalt an den Schulen» vom 17. April 1999 auf Seite **15**
- Neuer «Freisinn»-Wettbewerb auf Seite **17**



### Ja zur Bundesverfassung ist erst der Anfang

Ständerat Rolf Büttiker (SO) stellte Thesen zur Staatsleitungs- und die Föderalismusreform vor. Unter Beibehaltung des Kollegialitätsprinzips verlangt die FDP eine Stärkung der Leitung und allenfalls einen Ausbau der unteren Regierungsebene. Gefordert ist im Rahmen des Projekts «neuer Finanzausgleich» die Aufgabeng- und Finanzierungsentflechtung zwischen Bund und Kantonen. Ständerätin Vreni Spoerry (ZH) stellte die massvolle Erhöhung der für Referenden und Volksinitiativen benötigten Unterschriften sowie eine Verkürzung der Sammelfristen in Aussicht. Der stark gestiegenen Zahl Stimmberechtigter sei Rechnung zu tragen. Nationalrat Fulvio Pelli (TI) stellte die Thesen zur Justizreform vor. Die vollständigen Thesenpapiere finden Sie im «Freisinn» auf Seite 7.

### Auf nach Brig!

Am 23. und 24. April 1999 führt die FDP Schweiz in Brig ihre diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung durch. Schwerpunkte werden bei der Asyl-, der Sicherheits- und der Sozialpolitik gesetzt. Der Delegiertenrat wird sich am 23. April mit der Revision der Invalidenversicherung (IV) und mit der Heroinabgabe an Schwersttätige befassen. Die Delegiertenversammlung vom 23. und 24. April wird neben einem Positionspapier zur umfassend verstandenen Sicherheitspolitik die Parolen zu den beiden Asylvorlagen sowie zur Mutterschaftsversicherung fassen. Alle Freisinnigen sind herzlich eingeladen!

Näheres lesen Sie im «Freisinn» auf Seite 5.

## Parolen der FDP Schweiz

für die eidgenössische Abstimmung vom 18. April 1999:

**JA** zur neuen Bundesverfassung

# Alt Bundesrat Fritz Honegger zum Gedenken

**Mit alt Bundesrat Fritz Honegger verlieren die Schweiz, der Kanton Zürich und die Freisinnig-Demokratische Partei eine hochgeachtete und markante Politiker-Persönlichkeit.**

1917 als Sohn einer Textilunternehmerfamilie geboren, studierte Fritz Honegger Nationalökonomie. Seine erste Stelle hatte er als Sekretär der Schweizerischen Uhrenkammer in La Chaux-de-Fonds, wo er auch seine Frau Lucienne kennenlernte. Dem Ehepaar wurden zwei Söhne geschenkt.

Nach vielen Jahren als Sekretär der Zürcherischen Seidenindustrie-Gesellschaft wurde Fritz Honegger 1961 zum Direktor der Zürcher Handelskammer berufen.

Im Alter von 40 Jahren übernahm der spätere Bundesrat sein erstes politisches Amt. 1957 wurde er in den Zürcher Kantonsrat gewählt, dem er 18 Jahre lang angehörte. Auch in seiner Wohngemeinde Rüschlikon stellte sich Fritz Honegger als Gemeindepräsident der politischen Verantwortung.

Von 1967 bis 1977 vertrat Fritz Honegger den Kanton Zürich als Ständerat in der Kleinen Kammer. Rasch erkannte das Parlament die hohe Sachkompetenz, die integre Persönlichkeit und die unerschütterliche Verlässlichkeit des Zürcher Standesherrn. Dem ersten Ruf, als Bundesrat zu kandidieren, folgte Fritz Honegger aber nicht. Erst im Dezember 1977 stellte er sich als Nachfolger des Zürcher Bundesrates Ernst



Alt Bundesrat Fritz Honegger †.

(Bild ruti)

Brugger als Kandidat zur Verfügung.

Zum Zeitpunkt seiner Wahl war Honegger Präsident der FDP Schweiz. Trotz dem exponierten Parteiamt war seine Wahl in die Landesregierung unbestritten. Mit dem hervorragenden Ergebnis von 173 von insgesamt 208 Stimmen wurde er gewählt.

Das vom Parlament damit zum Ausdruck gebrachte Vertrauen wurde nicht enttäuscht. Bundesrat Honegger war ein echter Staatsmann, mit einem ausgeprägten Sinn für Zusammenhänge, mit der Fähigkeit, das Wesentliche zu er-

kennen, mit der Offenheit für das Gespräch und der Kraft zum Entscheid. Er strahlte Ruhe und Zuversicht aus. Er war ein Landesvater, auf den Verlass war. So kompetent und konsequent er in der Sache war, so bescheiden und menschlich waren sein Wesen und sein Auftreten.

Fritz Honegger war ein Mensch, in dessen Gegenwart man sich wohl fühlte. Ein Gespräch mit ihm war stets ein Gewinn, waren doch seine Stellungnahmen auch in persönlichen Fragen immer wohl überlegt und ausgewogen. Er stand über der Sache, kannte

keine Berührungängste und war über die Parteigrenzen hinaus eine Integrationsfigur. Mit dem Zuger CVP-Vertreter im Bundesrat, Hans Hürlimann, verband ihn eine enge Freundschaft.

In seiner Amtsführung war sich Fritz Honegger des Stellenwertes einer prosperierenden Wirtschaft bewusst, und er räumte nicht zuletzt der Aussenwirtschaftspolitik im Rahmen des GATT und der EFTA eine hohe Bedeutung ein.

In seinem Credo gab es aber keine Freiheit ohne Verantwortung oder Grenzen. In seiner Amtszeit wur-

den ein neues Arbeitslosenversicherungsgesetz und ein Berufsbildungsgesetz geschaffen. Das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb wurde revidiert und das Kartellgesetz in Angriff genommen.

Der Lebenskreis eines feinen Menschen, einer souveränen Persönlichkeit und eines grossen Bundesrates hat sich geschlossen. In tiefer Dankbarkeit und respektvoller Hochachtung nehmen wir von Fritz Honegger Abschied. Seiner Familie fühlen wir uns in ihrer Trauer verbunden.

Vreni Spoerry,  
Ständerätin



IM GESPRÄCH  Rolf Schweiger, Ständerat, Baar

# «Emotionale Bindungen zur Partei schaffen»

**WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?**

Klotzen statt kleckern – oder: Besser etwas 100%ig als vieles halbpatzig erledigen bzw. erleben.

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?**

Auf die technologische Entwicklung. Nach meiner Überzeugung wird diese – besser als Gebote und Verbote – Lösungen für viele, heute fast unlösbar erscheinende Probleme bringen.

**WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?**

Dass trotz allen negativen Erfahrungen noch immer viele Leute glauben, Wohlfahrt und Wohlstand könne unter Missachtung wirtschaftlicher Grund-Erkenntnisse erreicht werden.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

**ZUR PERSON**

Rolf Schweiger, Rigistrasse 29, 6340 Baar, verheiratet, zwei Söhne (25/27).

**ALTER:** 53

**BERUFLICHE STATIONEN:**

- Abschluss: Universität Zürich als Jurist
- Praktikum: Gerichte von Zug/Anwaltspatent
- Heute: Partner eines Anwaltsbüros Zug

**POLITISCHER WERDEGANG:**

- 22 Jahre Kantonsrat in Zug, davon 12 Jahre als Präsident der FDP-Fraktion
- Ständerat seit Anfang März dieses Jahres

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Reisen, Klavierspielen, Bergwandern und dazwischen immer wieder ein entspannendes «Dolce far niente».

Den Buchdruck einerseits, die Krawatte andererseits (obwohl auch ich aus letztern die Konsequenzen zu ziehen nicht bereit bin).

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?**

Wenn ich das wüsste, könnte ich

mir für ein solches Wissen bessere Vermarktungsmöglichkeiten als die Preisgabe in diesem Interview vorstellen.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Einen gewissen Hang zum Pragmatismus und eine – leider abnehmende – Resistenz gegen utopische Heilsversprechen.



FDP-Ständerat Rolf Schweiger: «FDP-Exponenten produzieren keine Sprechblasen.»

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSREM LAND?**

Die zu grosse Ängstlichkeit, von unseren Eigenarten im Übermass zu verliehen, wenn wir uns gegen aussen öffnen würden.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**

In die Erkenntnis, dass die europäischen Organisationen sich auf das Wesentliche zu beschränken haben und möglichst viel den Einzelstaaten und Regionen zu überlassen ist.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Mehrheiten sind dann, wenn sie sich veränderten Umständen und Ansichten nicht verschliessen, sehr wohl zum Fortschritt imstande. Gegenüber Minderheiten ist allerdings die Vor-

stellung über das Tempo eine andere.

**GESETZ, ES GÄBE EINEN NOBELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?**

Vaclav Havel, weil er unbeirrt aller persönlichen Konsequenzen sich für das Wichtigste einsetzte – nämlich für das Recht des Menschen auf freie Entfaltung.

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

Dadurch, dass sie/er das, an was sie/er glaubt, auch dann vertritt, wenn damit die Gefahr persönlicher Nachteile (Wahlen!) verbunden ist.

**WARUM SIND SIE BEI DER FDP?**

Weil deren Exponenten – von Ausnahmen abgesehen – nicht Sprechblasen produzieren, sondern sich einer sachlichen Argumentationsweise befleissen.

**WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?**

Deren Stärke – Sachlichkeit und Kompetenz – ist gleichzeitig auch das Problem der FDP, nämlich: Emotionale Bindungen zur Partei zu schaffen.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?**

Stärke: Mich nicht in Details zu verlieren. Schwäche: Ungeduld, ja Intoleranz gegenüber solchen, die vor lauter Details nie zu Entscheiden gelangen.

**STICHWORTE**

Was fällt Ihnen zu diesen Themen ein:

**INTERNET:** Epochal wie der Buchdruck.

**SOZIALSTAAT:** Verlangt Priorität-Setzungen.

**NEAT:** Produkt unseres Föderalismus.

**VERFASSUNGSREVISION:** Unspektakulär, aber richtig.

**ARENA:** Gutgemachte, polarisierende Politunterhaltung.

**WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN, WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?**

Nochmals Rechtsanwalt.

**WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?**

The Full Monty.

**WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?**

Als neu gewählter Bundesparlamentarier lerne ich derzeit so viele Leute kennen, dass ein entsprechendes Mehrbedürfnis schlicht nicht besteht.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?**

Als Morgenmuffel kann ich leider nur davon träumen, morgens aufzuwachen und sofort purimunter zu sein.

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Eine mehrmonatige Weltreise.

# Anlage- und Auswanderungsland Kanada

W.C.H. Professor Dr. Walter Wittmann, der streitbare, mittlerweile emeritierte Finanzwissenschaftler der Universität Freiburg, hat sich unter die Touristik-Schriftsteller gesellt. In seinem neuesten Buch dominieren auf den ersten 180 Seiten detaillierte Betrachtungen der vielfältigen, bunten Landschaften Kanadas. Das Ökonomische kommt dabei allerdings nicht zu kurz: Der Kanada-Fan versucht, den Schweizern auch aus wirtschaftlicher Sicht das nördlich der

USA gelegene Bijou schmackhaft zu machen.

«Wer auswandern oder investieren will», so Wittmann, «der muss sich mit der globalen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte befassen.» Akribisch testet der Wirtschaftswissenschaftler anhand von zehn Kriterien die Kontinente Nordamerika und insbesondere Kanada fallen in die erste Wahl. New Brunswick ist sein Geheimtip, und St. Andrews by the Sea ist für ihn die Perle. Mai bis Ende Oktober eignen sich für

Traumreisen. Golf, Segeln, Wandern, der unmittelbare Kontakt mit der reichen Fauna und Flora reizen.

Aber nicht nur für Aktivreisen, auch für Investoren ist das nördliche Nachbarland der USA bestens geeignet. Kanada zählt zum besten Standort für Jungunternehmer, wie auch eine KPMG-Studie belegt. «Kanada hat – zusammen mit den USA – die besten langfristigen Aussichten aller Industrienationen, die für den Anleger überhaupt in Erwägung zu ziehen sind»,

schwärmt Wittmann. Nicht nur die Währung sei solide, auch geopolitisch biete Kanada Sicherheit. «Daher empfiehlt es sich für jedermann, der zumindest über ein mittleres Vermögen verfügt, in Kanada eine Reserve für alle Fälle zu bilden und ein Krisendepot einzurichten.»

Was Wittmann in seinem Buch «Das globale Desaster» bereits angesprochen hat, hat er nun vertieft und in Praxis umgesetzt. Er selber hat sich im «sicheren Land der Zukunft» eingeni-

stet: Von Mai bis Oktober ist er als Ansprechpartner für Anlagen aller Art in St. Andrews, der Perle Kanadas, erreichbar. Wer nicht in Spanien, Florida, Südafrika oder Australien seinen Lebensabend verbringen will, wer einmal eine andere neue Welt kennenlernen möchte, der kann von Walter Wittmanns Ratschlägen zum Reisen und Investieren profitieren.

Walter Wittmann: Zukunft in Kanada. Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig, München 1999. 250 Seiten, Fr. 35.–.

## BILATERALE VERTRÄGE ◊ FDP setzt sich ein

# Mehr Arbeit ermöglichen statt Vorteile zunichte machen

**Die FDP will mit den Begleitmassnahmen zum freien Personenverkehr einen vernünftigen Schutz der Arbeitnehmer gewährleisten. Die FDP akzeptiert deshalb den gefundenen Konsens zum Entsendegesetz. Sie bekämpft die Versuche der SP, die Vorteile des relativ flexiblen schweizerischen Arbeitsmarktes zunichte zu machen. Die FDP tritt gegen die Miesmacher der bilateralen Verträge ein.**

FDP. Der schweizerische Arbeitsmarkt gilt im europäischen Vergleich als relativ flexibel. Deshalb hat das noch bescheidene Wirt-

schaftswachstum des letzten Jahres bereits zu einem markanten und nachhaltigen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen geführt. Die SP will jetzt die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Gesamtarbeitsverträgen unnötig erleichtern und damit neue arbeitsverhindernde Einschränkungen zementieren. Dabei besteht kein sachlicher Zusammenhang mit dem Abkommen über den freien Personenverkehr. Die FDP verlangt:

- die Qualifizierung des Missbrauchs: Nur deutlicher und wiederholter Missbrauch soll Anlass zur Intervention geben können.

- die Beschränkung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung auf die Löhne, Arbeits- und Ruhezeit so-

wie die Ferienmindestdauer sind bereits anderweitig gesetzlich geregelt.

Die Einigung in Lohnfragen soll Aufgabe der Sozialpartner bleiben. Die Einführung von Minimallohnen hat – das zeigen ausländische Beispiele – problematische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die FDP will mehr Arbeit ermöglichen und lehnt darum den Erlass von Normalarbeitsverträgen mit Minimallohnen ab. Aus politischen Gründen ist die FDP aber bereit, die staatliche Fixierung von Minimallohnen als ultima ratio unter folgenden Bedingungen zu akzeptieren:

- nur bei wiederholtem und schwerwiegendem Missbrauch

- nur wenn in der betroffenen Branche ein Gesamtarbeitsvertrag gilt

- nur auf Antrag der tripartiten Kommission

- nur bei Beschränkung des Normalarbeitsvertrags auf jene Kantone oder Regionen, wo der qualifizierte Missbrauch festgestellt wurde.

Wer mit Opposition gegen die bilateralen Verträge

droht, um damit die Erfüllung von Partikularinteressen zu erpressen, ist kein glaubwürdiger Verfechter der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz. Die SP-Miesmacherei gegen die bilateralen Verträge spricht Bände. Die FDP steht klar und ohne kontraproduktive Forderungen zu stellen für mehr Arbeit und für die bilateralen Verträge ein. ■

## Aus der Vision 2007:

Die Schweiz darf sich als Exportnation mit Binnenlage nicht einmal in Gedanken aus Europa und der Welt verabschieden.



BRIG ◉ Delegiertenversammlung vom 23./24. April 1999

# Die FDP als Kraft der Erneuerung

Die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz findet in der Stadt Brig statt, wohin uns unsere Oberwalliser Parteifreunde eingeladen haben. Wir danken ganz herzlich dafür, dass wir bei unserer jüngsten Partei Gast sein dürfen.

FDP. Die thematischen Schwerpunkte der diesjährigen ordentlichen Delegiertenversammlung haben wir bei der Sicherheits- und Migrationspolitik gesetzt. Diesen Sommer wird die Schweiz vermutlich vor einer noch grösseren Asylbewerberflut stehen als letztes Jahr. Im Frühjahr und Sommer ist mit einer weiteren Flüchtlingswelle zu rechnen. Hinzu kommt, dass Rückführungen nach Kosovo kaum möglich sein werden. Diese sind durch die schwierigen logistischen Verhältnisse vor Ort ohnehin extrem eingeschränkt. Die hiesige Bevölkerung wird viel Geduld zeigen müssen. Sicherheits- und migrationspolitische Probleme stehen in einem immer engeren Zusammenhang. Am 13. Juni 1999 steht die eidgenössische

Abstimmung über die dringlichen Bundesbeschlüsse im Asylwesen und die Revision des Asylgesetzes an. Die FDP Schweiz hat bereits im Januar 1999 ihre grundsätzliche Position in der Asylpolitik festgelegt. Das sicherheitspolitische Profil der FDP wird in Brig zum Thema gemacht.

Die FDP hat sich an der Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 1998 in Neuenburg neu positioniert. Erneuerungskraft statt Status-quo-Politik, Modernisierung statt Verharren im Bestehenden sind die Stichworte. In der Sozialpolitik wird bisher aber eine Politik des Weiter so gepflegt. Wir befinden uns immer noch in einem leichten Ausbauszenario. Wenn wir die heutigen Leistungen alle garantieren wollen, müssen wir bis ins Jahr 2010 sechs bis

sieben Mehrwertsteuerprozente zusätzlich aufwenden. Auch bei der Abstimmung vom 13. Juni stehen sozialpolitische Vorlagen an: Die Parolen zur Revision der Invalidenversicherung – umstritten ist die Abschaffung der Viertelsrente – und zur Heroinabgabe an Schwersttätige werden durch den Delegiertenrat gefasst. Die Delegiertenversammlung wird zur Mutterschaftsversicherung Parole fassen.

Neben den alljährlich wiederkehrenden statutarischen Geschäften befassen wir uns diesmal mit einer Revision der Statuten der FDP Schweiz.

Wir wünschen allen einen schönen Aufenthalt im Oberwallis und eine gelungene Delegiertenversammlung.

*Franz Steinegger,  
Parteipräsident und  
Nationalrat,  
Johannes Matyassy,  
Generalsekretär*

## Programm

### Asyl- und Sicherheitspolitik, sozialpolitische Vorlagen

#### Freitag, 23. April 1999

- 16.15–18.30 h Delegiertenversammlung (Simplonhalle)
- Eröffnungsreferat durch Nationalrat Franz Steinegger, Parteipräsident
  - Statutarische Geschäfte Referat Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher EVD
  - Positionspapier Sicherheitspolitik: Vorstellung durch SR Fritz Schiesser/GL, angefragt anschließend Diskussion
- 19.00 h Aperitif (Hof Stockalperpalast)
- 20.00 h Nachtessen (Simplonhalle)

#### Samstag, 24. April 1999

- 9.15–12.15 h Delegiertenversammlung, Fortsetzung (Simplonhalle)
- Referat Bundesrat Kaspar Villiger, Vorsteher EFD
  - Sicherheitspolitik, Verabschiedung Positionspapier
  - Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni 1999: Mutterschaftsversicherung
  - ARENA mit: SR Christine Beerli/BE NR Christine Egerszegi/AG NR Peter Kofmel/SO NR Christiane Langenberger/VD SR Françoise Saudan/GE Pierre Triponez/Direktor Schweiz. Gewerbeverband (SGV)
  - Diskussion und Parolenfassung
  - Asylgesetz und dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich  
*Pro:* NR Rudolf Steiner/SO  
*Contra:* Christian Levrat, Leiter Rechtsdienst Schweiz. Flüchtlingshilfe (SFH)
  - Diskussion und Parolenfassung
  - Schlusswort des Parteipräsidenten

12.30 h Schlussaperitif

## Talon

Zur ordentlichen Delegiertenversammlung sind alle FDP-Mitglieder herzlichst eingeladen.

Teilnahme am:

Freitag, 23. April 1999

Samstag, 24. April 1999

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_ PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Bitte möglichst rasch einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Anmeldung DV Brig, Postfach 6136, 3001 Bern. Fax (031) 320 35 00, E-mail: [gs@fdp.ch](mailto:gs@fdp.ch)  
Sie erhalten dann einen detaillierten Anmeldetalon.

18. APRIL 1999  Die neue Bundesverfassung

# Ein Werk des Konsenses für die Zukunft

Im Dezember 1998 hat das Parlament eine neue Verfassung verabschiedet. Im April werden Volk und Stände dazu Stellung nehmen. Wegleitend für Kommission und Parlament waren im Rückblick die folgenden vier Gesichtspunkte:

VON FDP-NATIONALRÄTIN DORLE VALLENDER, TROGEN (AR)



FDP-Nationalrätin Dorle Vallender: «Die Bundesverfassung bietet die Chance, in einer wichtigen Frage wieder einmal miteinander «Ja» sagen zu können.»

**1. Auch eine neue Bundesverfassung muss der Tradition verbunden bleiben und Bewährtes bewahren.**

– Dies gilt zunächst für die Werte Freiheit, Unabhängigkeit und Frieden, an die es anzuknüpfen gilt. Auch eine Verfassung für das 3. Jahrtausend muss die Brücke schlagen können zwischen 1848, 1874 und 1998.

– Ein weiteres Beispiel für Bewährtes ist die Wirtschaftsordnung. Zwar wurde die alte Handels- und Gewerbefreiheit neu formuliert und heisst nun Wirtschaftsfreiheit (Art.

27 nBV). Der Begriff ist Programm: bringt er doch treffend zum Ausdruck, dass das Grundrecht auf freie Wahl des Berufes, freie Wahl der Produktionsmittel gerichtet ist und den Staat verpflichtet, die Wirtschaft als private Veranstaltung zu respektieren. Mit andern Worten: der Grundentscheid für Freiheit und Verantwortung der Bürger und Bürgerinnen im Bereich der Wirtschaft wurde bekräftigt, und damit wurde ein jahrzehntelanges Tauziehen beendet. Die Betonung des Wettbewerbs als private Veranstaltung von Unternehmern und Unternehmerinnen in Art. 94

bringt Klarheit und weist den Staat in seine Grenzen: insbesondere jeglicher planwirtschaftliche (staatliche) Eingriff bedarf als «Abweichung» einer ausdrücklichen Ermächtigung in der Verfassung selber.

**2. Eine «Neuschreibung» darf die Zukunft nicht ausklammern.**

– Eine neue Verfassung darf sich der Zukunft in einer globalisierten Welt nicht verschliessen: wir bekennen uns in der Präambel zu Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt.

– Eng verbunden mit der Globalisierung ist die

Frage, wie der Arbeitsplatz Schweiz dem globalen Wettbewerbsdruck begegnet. Eine Antwort, die weit ins nächste Jahrtausend wirkt, gibt die Verfassung in Art. 63 nBV: im Wissen darum, dass im globalen Wettbewerb der Berufsbildung die allergrösste Bedeutung zukommt, schliesst die Gesetzgebungskompetenz des Bundes neu alle Berufe ein. Dies ist die verfassungsrechtliche Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete Bildungsoffensive.

**3. Jede Nachführung orientiert sich an den Grundproblemen der Zeit.**

Neben den bleibenden Werten wie z. B. der Toleranz als Grundvoraussetzung jeden friedlichen Zusammenlebens in einem föderalistischen Bundestaat anerkennt die neue BV auch das Ziel der Nachhaltigkeit jeglichen staatlichen Handelns. Dieses Prinzip (Art. 2 nBV) fordert eine nachhaltige Politik sowohl in der Finanzpolitik, der Raumplanung, der Konjunkturpolitik als natürlich auch der Umweltpolitik.

**4. Jede Neu-Schreibung ist auch Reform.**

Diese Regel hat Kommission und Parlament wohl am nachhaltigsten beeinflusst. Musste doch bei jedem Artikel der derzeitige Grundkonsens ausgelotet werden. Dabei schien bei einigen Bestimmungen der Dissens unüberbrückbar. Erinnern sie z. B. an

– das Diskriminierungsverbot mit der Aufzählung

ZUM THEMA

.....  
Auch eine Verfassung für das 3. Jahrtausend muss die Brücke schlagen können zwischen 1848, 1874 und 1998.

.....  
Wir bekennen uns in der Präambel zu Solidarität und Offenheit gegenüber der Welt.

.....  
Wenn es gelungen ist, in diesen heiklen Bereichen Mehrheiten über alle Fraktionen zu finden, dann darum, weil die stete Diskussion unter Anerkennung der Meinungsvielfalt den Konsens erst möglich machte.

einiger uns heute besonders wichtig erscheinender Tatbestände;

- Streik und Aussperrung;
- Schutz der Kinder;
- Recht auf Hilfe in Notlagen.

Wenn es gelungen ist, in diesen heiklen Bereichen Mehrheiten über alle Fraktionen zu finden, dann darum, weil die stete Diskussion unter Anerkennung der Meinungsvielfalt den Konsens erst möglich machte.

Die neue Verfassung ist das Gemeinschaftswerk der meisten der im Parlament vertretenen Parteien. Damit bietet die neue Bundesverfassung die grosse Chance, in einer wichtigen Frage wieder einmal miteinander «Ja» sagen zu können.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

**Steuerprobleme**  
Dipl. Steuerexperte berät Sie  
Rufen Sie mich einfach an  
**Tel. 0900 900 842**

Honorar Fr. 6.60/Min. inkl. Telefongebühr  
erste 90 sec. 25 Rappen/Min.  
Werner Keller, dipl. Steuerexperte  
Winterthur (052) 212 92 72



DELEGIERTENVERSAMMLUNG  Thesen

# Reform der Bundesverfassung allein genügt nicht

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz hat am 20. März 1999 die Ja-Parole zur neuen Bundesverfassung beschlossen. Sie ist aber der Meinung, dass die Nachführung nicht der letzte Schritt sein darf. Die FDP hat deshalb zu anstehenden institutionellen Reformen Thesen verabschiedet:

## Die FDP verlangt eine Reform der Volksrechte

1. Die Volksrechte sollen sicherstellen, dass das Volk über wichtige Staatsakte entscheiden kann und qualifizierte Minderheiten mit Initiativ- und Referendumsbegehren das Volk an die Urne rufen können. Die Handlungsfähigkeit unseres Landes muss erhalten bleiben.
2. Die Reform der Volksrechte hat deshalb eine Verwesentlichung, nicht eine quantitative Ausweitung oder Einschränkung der politischen Rechte zum Ziel.
3. Mit einer massvollen Erhöhung der Unterschriftenzahlen für die Volksinitiative und vor allem für das Referendum bzw. mit einer Verkürzung der Sammelfrist soll der stark gestiegenen Zahl von Stimmberechtigten Rechnung getragen werden.
4. Da die internationale Vernetzung mit den grenzüberschreitenden Problemstellungen tendenziell die Gestaltungsfreiheit des Souveräns einschränkt, sollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger dort verstärkt werden, wo Autonomie gegeben ist.
5. Die Volksrechte müssen – wie alles staatliche Handeln – nicht nur am zwingenden Völkerrecht ihre Grenzen finden. Im Interesse der Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit unseres Landes auf internationaler Ebene ist auch der Vertragstreue angemessen Rechnung zu tragen.

## Die FDP verlangt eine Föderalismusreform

1. Das Projekt «Neuer Finanzausgleich» wird unterstützt und ist zügig voranzubringen. Es muss namentlich zu einer überzeugenden Aufgaben- und Finanzierungsentflechtung zwischen Bund und Kantonen kommen, wodurch Handlungsspielräume geschaffen, klare Verantwortungen des jeweils zahlenden Verbandes festgelegt und Kosten eingespart werden können.
2. Der Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, der heute ineffizient und verzerrt ist, ist von den Bundessubventionen und den Kantonsausgaben weitgehend zu lösen. Statt dessen sind den Kantonen bundesseits mehr frei verfügbare Mittel zur Verfügung zu stellen, Sonderlasten der Zentrums- und der Gebirgskantone sind besser abzugelten, und der horizontale Ausgleich unter den Kantonen ist auszubauen.
3. Die regionale interkantonale Zusammenarbeit ist auszubauen und zu stärken, damit die Kantone noch mehr regionale Aufgaben gemeinsam erfüllen können und damit sie noch leistungsfähigere Partner des Bundes sind.
4. Aussenpolitik ist immer mehr auch Innenpolitik. In ihren Zuständigkeits- und Interessensbereichen müssen die Kantone an der Aussen- und der Integrationspolitik des Bundes voll mitwirken können. Die FDP unterstützt die Mitwirkung und Mitverantwortung der Kantone an der Aussenpolitik des Bundes.

## Die FDP verlangt eine Staatsleitungsreform

1. Die Staatsleitungsreform muss Bundesrat und Bundesversammlung betreffen.
2. Bei der Reform des Bundesrates muss es in erster Linie darum gehen,
  - die strategische Führung der Regierung zu verstärken;
  - die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Regierung zu erhöhen;
  - die Geschlossenheit des Regierungshandelns zu verbessern;
  - dabei aber Integrationsvermögen und demokratische Legitimation des Regierungsorgans zu wahren.
3. Die Reform der Regierung hat grundsätzlich in die Tiefe, nicht in die Breite zu erfolgen. Dies bedeutet:
  - Beibehaltung des Kollegialprinzips auf der oberen Führungsebene (Bundesrat);
  - keine Vergrösserung des Bundesrates;
  - massvolle Stärkung der Leitungsfunktion (Bundespräsidium);
  - Auflösung der Verbindung von Mitgliedschaft im Kollegium und vollverantwortlicher Leitung eines Departementes.
4. Die untere Regierungsebene kann so ausgestaltet werden, dass
  - jedem Bundesrat 1–3 Ministerien unter der Leitung von politisch verantwortlichen Ministern (Staatssekretären) zugeordnet werden, oder dass
  - jeder Bundesrat über einen Minister («Vizebundesrat») verfügt, der das Departement führt und als Stellvertreter des Bundesrates eingesetzt werden kann.
5. In beiden Fällen erfolgt die Wahl der Minister durch den Bundesrat, unter Bestätigungsvorbehalt durch die Bundesversammlung.
6. Das Gremium der Minister bildet kein eigenständiges Regierungsorgan.
7. Beide Modelle sind auf ihre Chance und Risiken hin näher zu überprüfen.

## Die FDP verlangt eine Justizreform

1. Wir fordern eine Verbesserung des Rechtsschutzes durch Einführung einer beschränkten Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber Bundesgesetzen.
2. Dabei soll die Prüfung der Übereinstimmung von Bundesgesetzen mit verfassungsmässigen Individualrechten nur im konkreten Anwendungsfall erfolgen.
3. Wir fordern eine Entlastung des Bundesgerichts im Interesse einer Beschleunigung der Rechtsschutzverfahren.
4. Dabei sollen massvolle gesetzliche Zulassungsbeschränkungen vorgesehen werden.
5. Das Bundesgericht soll nicht mehr für erstinstanzliche Verfahren zuständig sein.
6. Zivil- und Strafprozessrecht sind zu vereinheitlichen.
7. Dabei sollen die Befugnisse der Kantone im Bereich der Behördenorganisation weitmöglichst gewahrt bleiben.

## KOLUMNE

## Luxussteuer für den Überfluss?



Geht es nach dem Willen der SRG, werden die Gebühren für den Radio- und Fernsehempfang um knapp zehn Prozent aufschlagen, nämlich von gegenwärtig 410 auf fast 450 Franken. Der Bundesrat hat das letzte Wort. Die taktisch überhöhte Forderung und ihre Annahme im reduzierten Umfang gehört zum medienpolitischen Ritual. Was früher der Brot- und Bierpreis waren, ist heute der Preis für «Brot und Spiele».

Wie lange noch? Vielleicht noch dieses eine Mal – und womöglich ohne Abstriche, denn Ruth Metzler und Joseph Deiss, die der SRG ja einiges zu verdanken haben, könnten sich für die Gebührenerhöhung besonders pflichtschuldig ins

Zeug legen. Oder erinnert sich das neue Freiburger Mitglied der Landesregierung daran, vor Jahren als Preisüberwacher gewirkt zu haben?

Doch im Kern der Sache geht es nicht um zehn Prozent, drei oder siebeneinhalb, sondern um die medienpolitische Grundsatzfrage, mit welchen Leistungen die SRG eigentlich das einzigartige Finanzierungsprivileg rechtfertigt. Das Zauberwort, das angeblich jeden Einwand im Keime erstickt, heisst «Service public».

Die SRG präsentiert ihre Tätigkeit als harten und entbehrungsreichen Frondienst im patriotischen Interesse. Sie behauptet gerne – und bemerkenswert leidenschaftlich im Vorfeld von Gebührenanpassungen –, sich für Minderheiten ge-

radezu aufzureiben und die sorgfältige demokratische Meinungsbildung ins Zentrum ihres Sinnens und Trachtens zu rücken.

Die Wirklichkeit hält diesen Bekenntnissen nicht stand. Wie jedes andere Rundfunkunternehmen auch – ob öffentlich-rechtlich oder privat – müht sich die SRG um die Publikumsgunst und darum, hohe Einschaltquoten zu erzielen. Längst hat sich unsere nationale Radio- und Fernsehgesellschaft das Infotainment und den Boulevardjournalismus zu eigen gemacht.

Kritik an dieser Entwicklung nennt die SRG weltfremd. Sie beruft sich auf den Zeitgeist. Vom Markt redet sie, von der Konkurrenz und der Notwendigkeit, unternehmerisch zu handeln.

Nichts dagegen! Aber wie verträgt sich die rechte Hand, die auf die unternehmerische Marktorientierung schwört, mit der linken, die nach üppigen Subventionen greift? Es muss Verwirrung herrschen – oder Dreistigkeit.

Was die SRG programmlich bietet, unterscheidet sich in nichts vom Angebot überregionaler und regionaler Zeitungen: es sei denn die Tatsache, dass manches Presseorgan beim journalistischen Qualitätsvergleich wesentlich besser abschneidet. Und dies notabene ohne jede Zwangsabgabe durch das Volk.

Was in den Jahrzehnte zurückliegenden Pionierzeiten als Finanzierungsmodell sinnvoll gewesen sein mag, ist heute der reinste Anachronismus. Hunderttausende, die nolens volens die Gebühren entrichten, schalten den Radio- und Fernsehapparat bloss gelegentlich ein oder ziehen regelmässig auslän-

dische Sender vor. An Angeboten mangelt es nicht. Für den Überfluss zahlen wir sonst nirgendwo eine Luxussteuer.

Die moderne Technik erlaubt es, genau jene zur Kasse zu bitten, die ein Programm tatsächlich nutzen. Wenn sich die Programme unausweichlich dem Zeitgeist angepasst haben, dann entspräche es dem Geist der Zeit, auch die Finanzierung neu zu regeln: weg von der Steuer, hin zum fairen Preis.

*Alex Bänninger,  
Publizist,  
Präsident des  
Freisinnigen Presseverbandes der Schweiz,  
Zürich*

**DPO FDPO F**  
**FDP auf Internet**  
**Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!**  
**Unsere Adresse:**  
**E-Mail: gs@fdp-prd.ch**  
**http://www.fdp.ch**



**LINDER & LÖTSCHER AG BERN**

Elektrische Anlagen  
Rosenweg 25 A  
3007 Bern  
Telefon 031 371 00 88  
Telefax 031 371 27 16

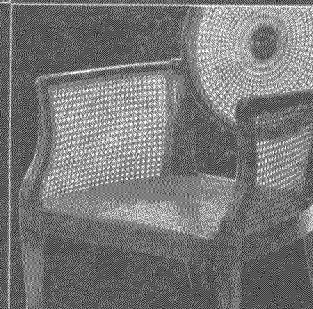
## Behindertenwerk St. Jakob



Jacqueline Hauser:  
«Froh zu sein bedarf es wenig, wer auf ihm sitzt, ist ein König.» Oder die Freude an alter Handwerkskunst.



Traditionelles Know-how im St. Jakob! Die bei uns praktizierten Flechttechniken reichen zurück bis zu den robusten Rohrstuhlsitzen Charles II. 1670 und erstrecken sich über die Chippendale-Epoche, das Viktorianische Zeitalter des Bergere-Stuhles bis in die moderne Zeit des Michael Thone.



Kanzleistrasse 18, 8026 Zürich  
Telefon 01 - 295 93 93, Fax 01 - 295 93 95



18. APRIL 1999 ◊ Neue Bundesverfassung

# Ein wichtiger Schritt zu einer modernen und offenen Schweiz

Eines steht fest: Die neue Bundesverfassung wird in der Schweiz keine Revolution auslösen. Trotzdem ist ihre Annahme von grosser Wichtigkeit – gerade für uns Junge. Endlich werden die Grundsätze einer modernen und offenen Schweiz auf Verfassungsebene festgeschrieben – endlich wird ein bislang unnahbares Werk für alle verständlich.

VON MICHAEL HUBER,  
PRÄSIDENT JUNGFREI-  
SINNIGE SCHWEIZ

Bei der Durchsicht der neuen Bundesverfassung erstaunt die Vielzahl von Bestimmungen, in welchen von Kindern und Jugendlichen die Rede ist: Den Kindern und Jugendlichen wird in Art. 11 ein eigener Artikel gewidmet, der ihnen einen Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und Förderung ihrer Entwicklung einräumt. Weiter darf gemäss Art. 8 niemand wegen seines Alters diskriminiert werden. Dass sich Junge nach ihren Fähigkeiten aus- und weiterbilden können und sie in ihrer Entwicklung zu

selbständigen und sozial verantwortlichen Personen gefördert sowie in ihrer sozialen, kulturellen und politischen Integration unterstützt werden, gelten gemäss Art. 41 als Sozialziele der Schweiz.

## Den Schuldenberg nicht uns Jungen überlassen

Doch es sind nicht nur die ausdrücklich jugendspezifischen Bestimmungen, welche die neue Bundesverfassung zu einer bedeutenden Vorlage für die jungen Schweizerinnen und Schweizer machen. Einige der allgemeinen Grundsätze sind genauso von jugendpolitischer Wichtigkeit. Bereits die Präambel hält fest, dass sich



Der Präsident der Jungfreisinnigen, Michael Huber, zur neuen Bundesverfassung: «Die Annahme der BV ist wichtig – gerade für uns Junge.» (Bild ruti)

die Schweiz gegenüber der Welt offen und solidarisch zeigen will, und kommt damit einer alten Forderung von uns Jungen nach. Mit der Nachhaltigkeit setzt sich die Schweiz das Ziel, ihr Handeln nicht auf kurzfristigen Nutzen auszurichten, sondern ihre Verant-

wortung gegenüber künftiger Generationen wahrzunehmen – ein Grundsatz, der hoffentlich auch die Ausgabenpolitik beeinflussen wird; es darf nicht mehr sein, dass die Politikerinnen und Politiker die Abzahlung des Schuldenbergs uns Jungen überlassen.

Die Schweiz hat am 18. April eine Chance. Mit einem deutlichen Ja setzen die Schweizerinnen und Schweizer ein Zeichen, dass sie ihr Land erneuern wollen. Ein Zeichen, das wir Jungen uns wünschen.

## Freudentag der Jungen!

Die Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) sind begeistert von der Wahl von Ruth Metzler in den Bundesrat. Sie gratulieren der frisch gewählten Bundesrätin herzlich. Sie gratulieren aber auch den eidgenössischen Räten für den mutigen Entscheid. Die Wahl der jungen Bundesrätin setzt für alle Jungen ein einmaliges Zeichen und gibt uns aktiven jungen Politikerinnen und Politikern neue Motivation für unsere Arbeit. Frau Metzler wird mithelfen, die Schweiz modern und frisch ins nächste Jahrtausend zu führen. In der Schweiz bewegt sich etwas!

## Enttäuscht über Cannabisentscheid

Die Jungfreisinnigen Schweiz haben mit Enttäuschung den mutlosen Entscheid des Nationalrats in der Cannabisfrage zur Kenntnis genommen. Dass 300 000 Haschischraucherinnen und -raucher in der Schweiz weiterhin kriminalisiert werden, ist für die Jungfreisinnigen unverständlich. Sie fordern die sofortige Legali-

sierung von Handel und Konsum von Cannabisprodukten. Der Handlungsbedarf besteht heute und nicht erst bei einer irgendwann kommenden Gesetzesrevision. Hanfprodukte müssen schnellstens aus der Liste der verbotenen Betäubungsmittel gestrichen werden.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 20. MÄRZ 1999 ◊ Rede des Parteipräsidenten

# «Vielen ist der Feind abhanden gekommen»

**Der «Freisinn» veröffentlicht hier die Rede des Parteipräsidenten Nationalrat Franz Steinegger anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz im Nationalratsaal in Bern vom 20. März 1999:**

VON FDP-PRÄSIDENT  
NATIONALRAT  
FRANZ STEINEGGER,  
FLÜELEN (UR)

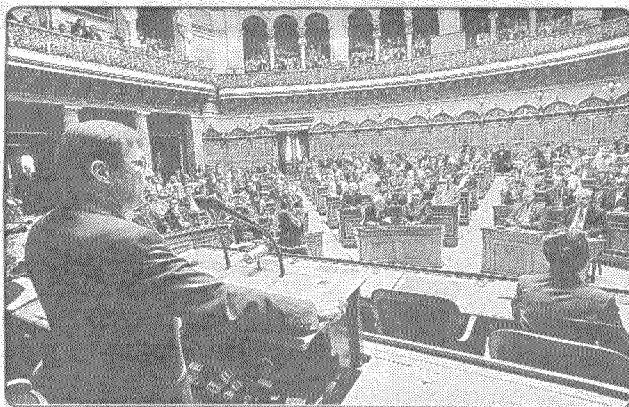
Die Bundesverfassung von 1848 war die Krönung eines liberalen, radikalen, freisinnigen Aufbruches, der mit der Helvetischen Revolution von 1798 begonnen hatte. Die kräftige liberale Grundströmung des 19. Jahrhunderts in der Schweiz hat die liberalen Gedanken wirkungsvoll in die politischen Strukturen und in die Realität einfließen lassen. In der Schweiz setzte sich eine liberale Staatsauffassung durch, die ihren gewichtigen Niederschlag in der Bundesverfassung von 1848, in der Totalrevision von 1874 und in der Revision von 1891 fand. Diese Grundsätze zeigten sich den Belastungen einer veränderten Welt bis in die heutige Zeit einigermassen gewachsen. Sie sind sogar die Voraussetzung für den Erfolg der Eidgenossenschaft.

## Liberale Grundsätze deutlicher betonen

Auf Grund der historischen Erfahrungen mit anderen Politikvorstellungen haben wir allen Grund, an den liberalen Grundsätzen unserer Verfassung festzuhalten

und diese sogar deutlicher zu betonen.

Nach den vielen Partialrevisionen ist die Forderung nach einer Nachführung und Neuordnung des geltenden und ungeschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsrechtes zu begrüssen. Diese Nachführung darf im grossen und ganzen als gelungen bezeichnet werden. Es lohnt sich, darauf einzutreten. Die liberale, föderalistische und demokratische Substanz ist erhalten geblieben. Wir können deshalb unserer eigenen Verfassung nicht den Rücken kehren.



FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger: «Wir stehen im Bereich Sozialwerke vor gewaltigen Problemen.» (Bild ruti)

Der erste Bundespräsident Jonas Furrer sah bereits in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts die Notwendigkeit, das Bestehende gegen die sozialistische Utopie zu erhalten. Dieser Kampf hat die Politik in der Schweiz massgebend geprägt. Diese Utopie hat die Politik auch beeinflusst. Nun ist aber diese Theorie gescheitert. Sie ist überholt.

## Neue revolutionäre Umbruchphase

Wir erleben heute erneut eine geradezu revolutionäre

Umbruchphase, welche etwa mit dem Begriff «Globalisierung» umschrieben wird. Dabei geht es nicht nur um den wirtschaftlichen Strukturwandel mit veränderten Gewichten von Arbeit, Kapital und Wissen. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus ist die Systemfrage Sozialismus oder Kapitalismus geklärt. Es geht nur noch um die Frage, welcher Kapitalismus. Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes hat sich auch eine Softvariante der Kriegswirtschaft überlebt.

Auch die sicherheitspolitische Landkarte ist grundlegend verändert. Vielen ist der Feind abhanden gekommen. In Europa findet ein zögerlicher Anpassungsprozess an die veränderten Rahmenbedingungen statt. Die Schweiz ist im notwendigen Strukturanpassungsprozess weiter fortgeschritten. Überdies haben wir in der Vergangenheit unsere eigenen Mittel überfordert und stehen im Bereiche der Sozialwerke vor gewaltigen Problemen.

## Lagebeurteilung notwendig

In einer derartigen Umbruchphase ist eine Lagebeurteilung notwendig, und auch die freisinnige Politik ist einer Selbstprüfung zu unterziehen. Aus liberaler Sicht ist die Reformfähigkeit und die Offenheit bei der Wahrheitsfindung eine Überlebensbedingung der freiheitlichen Gesellschaft. Nicht einmal Erhaltenswürdiges kann im Grabenkrieg bewahrt werden. Es braucht auch hier eine bewahrende Progressivität.

Man darf nicht einfach in der Haltung «Wir haben es immer gewusst» verharren. Wir haben heute veränderte historische Realitäten. Man muss erklären können, wie die Positionen aussehen und warum diese so aussehen.

## Keine Alternativen zur Auseinandersetzung mit den neuen Realitäten

Der globale Wandel ist keine Verschwörung, die Spielregeln haben sich geändert. Diese Spielregeln können von der kleinen Schweiz nicht verändert werden. Wenn das Exportland Schweiz, rohstoffarm und mit Binnenlage, seinen Wohlstand erhalten und ausbauen will, besteht keine Alternative zur Anpassung an die global veränderten Rahmenbedingungen. Der Status quo würde in die Dritte Welt führen. Es stellt sich die Frage, welche Politik diesen massiven Veränderungen gewachsen ist.

## Neues politisches Orientierungssystem

Für die Politik ist vieles komplizierter geworden.

## ZUM THEMA

Nach den vielen Partialrevisionen ist die Forderung nach einer Nachführung und Neuordnung des geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsrechtes zu begrüssen. Diese Nachführung darf im grossen und ganzen als gelungen bezeichnet werden.

Mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes hat sich auch eine Softvariante der Kriegswirtschaft überlebt.

Dies gilt auch für das politische Orientierungssystem.

Das Rechts-Links-Schema, das bereits von Jonas Furrer angesprochen worden war, hat nach wie vor eine gewisse Bedeutung, vor allem wenn es um den Einfluss des Staates zur Herbeiführung von Gleichheit geht. Der Sozialismus ist aber als ökonomische Theorie gescheitert. Für die Reform des Sozialstaates oder für die Schaffung von Arbeitsplätzen liefert links-rechts keine Erkenntnisse. Wir dürfen deshalb nicht nur ängstlich das Bestehende erhalten oder wie Don Quijote auf Windmühlen losgehen. Wir müssen vielmehr in der heutigen Umbruchphase neue Ideen und Lösungen offensiv einbringen und durchsetzen.

Es geht ja nicht nur um den Gegensatz arm und reich. Es geht auch um den Gegensatz jung und alt. Es geht um gutverdienende



Gutmenschen, die sich an den Subventionströgen drängeln. Es geht um Drogenfragen, Sicherheitspolitik usw., wo dieses Schema kaum etwas hergibt.

Mindestens so wichtig wie das Links-Rechts-Schema ist deshalb heute die Frage, ob man im Status quo oder Weiter so verharren will oder ob man die notwendigen Erneuerungsschritte durchführen will. Dabei werden der Status quo und das Weiter so von linken Traditionsvereinen und rechten Bewahrungsilusionisten gefördert.

### Reform als übergeordnetes Prinzip

Die FDP hat anlässlich der Delegiertenversammlung von Neuenburg am 24. Oktober 1998 die Marschrichtung deutlich definiert: Nicht Weiter so, kein Marsch zurück, sondern vorwärts in eine veränderte Richtung. In einer Umbruchphase ist eine Erneuerungspolitik notwendig. Reform bildet das übergeordnete Prinzip.

Dabei ist eine derartige Erneuerungspolitik nicht einfach ein dritter Weg oder die Mitte zwischen zwei Extremisten. Ökonomisch ist der Weg der Mitte der schnellste Weg in die Dritte Welt. Der Weg der Mitte ohne eigenes Ziel führt dazu, dass man dem Zeitgeist von gestern hinterherläuft. Wir suchen einen neuen Weg. Wir brauchen ein Zentrum neuer Ideen. Wir wollen nicht im Raster einer veralteten politischen Landkarte Kriegsspiele veranstalten.

### Historische Chance

Es besteht für eine bürgerliche Partei eine historische Chance, wieder richtungbestimmend zu werden. Wir brauchen keine zögerliche Anpassung an den Zeitgeist von gestern oder eine ängstliche Abwehr gegen diesen Zeitgeist. Wir brauchen vor allem keinen Schwenker zu

obsoleten linken Positionen. Eine Erneuerungspolitik erfordert aber die Bereitschaft, paradoxe Instrumente einzusetzen. Jeder Mix von Massnahmen muss möglich sein, wenn er verhältnismässig und zielführend ist und wenn sich die Massnahmen nicht gleichzeitig aufheben. Erneuerungspolitik braucht aber Politik. Macht nämlich die Politik Pause, füllt sie sich mit Populismus. Es braucht also eine neue Politik, welche unser Land pragmatisch befähigt, die neuen Herausforderungen zu bestehen.

### Vision 2007

In Umbruchphasen droht die Gefahr, dass man die Orientierung verliert. Wir haben deshalb eine Vision 2007 erarbeitet, welche eine längerfristige Ausrichtung unserer Arbeit erlauben soll. Dabei handelt es sich

- Offenheit
- Sicherheit
- Subsidiarität
- Ordnungsprinzip

wollen wir unter den Bedingungen der Globalisierung eine hochproduktive Demokratie mit sozialem Zusammenhalt schaffen, welche im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Der Schritt von der Industriegesellschaft in die moderne Wissens-, Hochtechnologie- und Informationsgesellschaft geht nicht mit

- hoher steuerlicher Belastung
- massiven Staatseingriffen
- hoher Regulierung
- verstaatlichtem Dienstleistungssektor.

### Gelungener Start der Modernisierungspolitik bei den Bundesfinanzen

Gesunde Staatsfinanzen sind für uns eine Voraussetzung für Wirtschaftswachs-

schon Auswirkungen bei den Sozialwerken.

Diese Position haben wir durchgehalten. Volk und Stände haben diese Politik in mehreren Abstimmungen bestätigt. Das Haushaltsziel 2001 ist Vefassungsbestandteil. Das Stabilisierungsprogramm 1998 ist auf gutem Weg. Gleichzeitig ist mit der Revision des Unternehmenssteuerrechtes vor allem bei den Holdings eine Verbesserung der Standortfaktoren erreicht worden. Dies in einem Zeitraum, wo eine Unternehmenssteuerreform bei unsrem grossen nördlichen Nachbarn gescheitert ist. Diese Erfolge waren nur möglich, weil ein freisinniger Bundesrat die Initiative ergriffen hat.

Nicht zuletzt auf Grund dieser neuen Rahmenbedingungen hat die Wirtschaft positiv reagiert. Die Arbeitslosenzahlen haben sich seit dem ersten Quartal 1997 massiv reduziert.

### Staats- und Fiskalquote begrenzen

Das Haushaltsziel 2001 bewahrt uns vor zusätzlicher Verschuldung. Die Gefahr von zusätzlichen Steuern und Abgaben bleibt aber. Die Mehrheit des Bundesrates möchte sich bei der zentralen Herausforderung, nämlich der langfristigen Sicherung der Sozialwerke, mit dem Szenario Status quo plus einstweilen durchschlängeln. Diese würden bis ins Jahr 2010 zusätzliche 5,8 Mehrwertsteuerprozent erfordern, zuzüglich die Kosten für sog. Lückenschliessungen wie Mutterschaftsversicherung usw.

Gleichzeitig wird auf verschiedenen Ebenen und von verschiedenen Gremien an Mehrbelastungen «gewerkelt». Zu erinnern ist etwa an die Energieabgabe. Überdies ist das Anliegen einer ökologischen Steuerreform zur reinen Einnahmenbeschaffung für eine

### ZUM THEMA

.....  
*Dabei ist eine derartige Erneuerungspolitik nicht einfach ein dritter Weg oder die Mitte zwischen zwei Extremisten.*

.....  
*Es besteht für eine bürgerliche Partei eine historische Chance, wieder richtungbestimmend zu werden.*

.....  
*Überdies ist das Anliegen einer ökologischen Steuerreform zur reinen Einnahmenbeschaffung für eine neue Subventionswirtschaft pervertiert.*

neue Subventionswirtschaft pervertiert.

Wir erwarten deshalb, dass bis zur Erarbeitung einer Gesamtübersicht und bis zur Prioritätenfestlegung alle Steuer- und Abgabenprojekte gestoppt werden. In diesem Zusammenhang müsste sich der Bundesrat öffentlich auf ein zukunftsfähiges Szenario gemäss IDA FiSo-Berichten festlegen.

Sollte die Politik nicht bereit sein, ein schlüssiges Gesamtkonzept, unter Einbezug der Überlegungen für die neue Bundesfinanzregelung und die Vereinfachung des Steuersystems, zu erarbeiten, müsste allenfalls mit einer Volksinitiative nachgeholfen werden. Mit dieser Initiative müssten die maximale Steuer- und Abgabenbelastung im Vergleich zum BIP oder zum verfügbaren Einkommen fixiert werden. Dass hier die Linke wenig Freude haben wird, überrascht nicht. Es könnten aber auch bürgerliche Partner in Schwierigkeiten kommen. Es ist eben viel leichter, weniger Steuern zu fordern und gleichzeitig den Status quo bei den Sozialwerken zu verteidigen, als Farbe zu bekennen. ■



FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger: «Wir erwarten, dass bis zur Erarbeitung einer Gesamtübersicht und bis zur Prioritätenfestlegung alle Steuer- und Abgabenprojekte gestoppt werden.» (Bild ruti)

nicht um eine endgültige Wahrheit. Reformieren heisst suchen.

### Zielsetzungen 1999–2003

Auf die Grundlage der Vision 2007 sind die Zielsetzungen 1999–2003 beschlossen worden.

Ausgehend von unseren Grundwerten

- Freiheit
- Leistung
- Verantwortung

tum, Wohlfahrt und Arbeitsplätze. Wir haben uns deshalb von den Wahlen 1995 die Sanierung der Bundesfinanzen auf die Fahne geschrieben. Gleichzeitig haben wir neue Steuern und Abgaben abgelehnt, mit zwei Ausnahmen:

- Finanzierung Investitionen des öffentlichen Verkehrs
- Mehreinnahmen zur Abfederung der demographi-



AMAG ...news  
jedes Wochen-  
ende auf SF2.  
Mit Autowettbewerb.



AMAG-Leasing:  
Golf 1,4 I (ab Fr. 21 800.-):  
Fr. 10.55/Tag, Fr. 321.45/Monat  
(48 Monate / 10000 km pro Jahr).

**Totalmobil!**

Gratis-Mobilitäts-  
versicherung



AMAG Import,  
Automobil- und Motoren AG,  
5116 Schinznach-Bad

<http://www.volkswagen.ch>

**Cheese!**

**Drück lieber ab. Die Besitzer kommen.**



Mit einem Golf lässt man sich gerne sehen. Kein Wunder, bei seinem Design. Genauso überzeugend sind auch seine Fahreigenschaften und seine Sicherheit. Und auf seine vollverzinkte Karrosserie geben wir ganze 12 Jahre Garantie.

**Generation Golf.**



# Zum 90. Geburtstag von Hans Erni zwei limitierte und handsignierte Original-Lithographien



Die geistige, die schöpferische Welt des Hans Erni scheint grenzenlos!

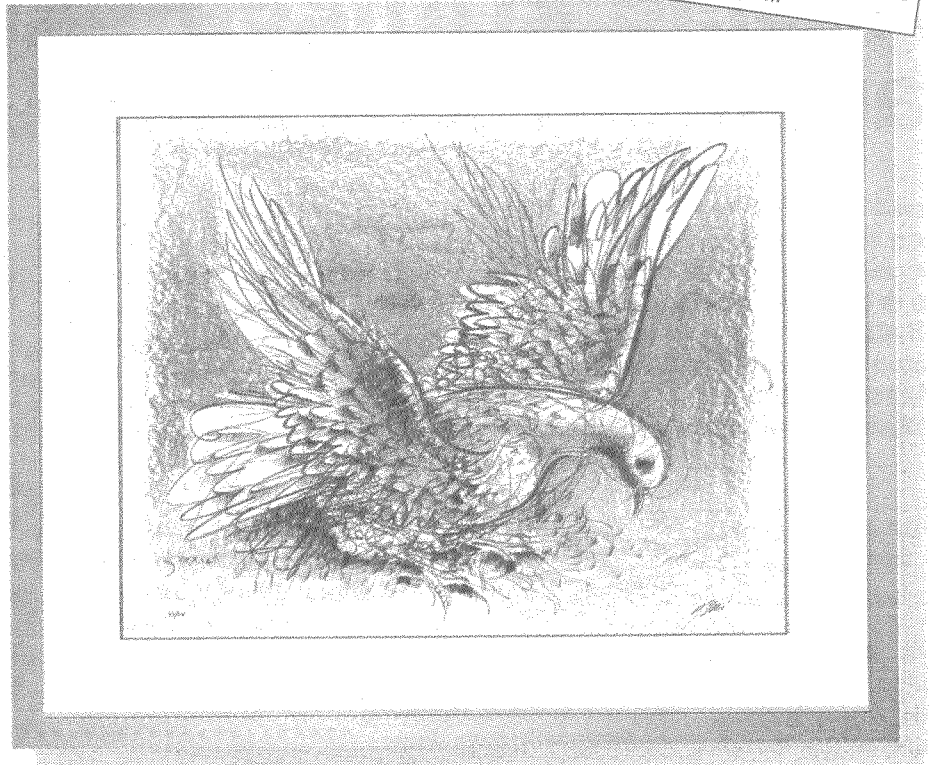
Auf Wunsch mit einer  
**persönlichen Widmung**  
von Hans Erni



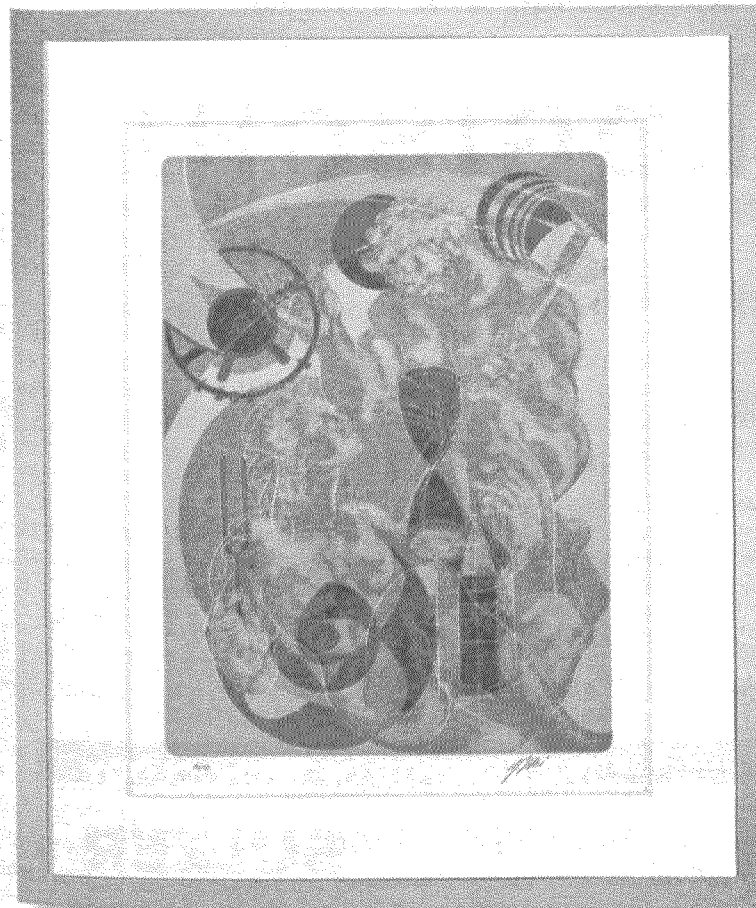
Hans Erni wurde am 21. Februar 1909 in Luzern geboren - im Zeichen des Fisches, wie Michelangelo. Aufgewachsen ist er zusammen mit sieben Geschwistern in einer Arbeiterfamilie, wo der stetige Kampf ums Überleben, die Erfahrung des Entbehrens und die frühe Erkenntnis der Täuschung der Welt sein Wesen nachhaltig geprägt haben. Die ersten Berufe, Geometer und Bauzeichner, waren naheliegend, aber nicht seine Berufung. Dies war die Malerei!

Sein künstlerisches Schaffen ist vielfältig und geprägt von einem kaum zu bändigenden Drang, seine Botschaften der Menschheit weiterzugeben. Er hat grosse Wandbilder im In- und Ausland gemalt, Plakataufträge ausgeführt, Briefmarken entworfen, Bühnenbilder und Kostüme kreiert, Tapisserien, Lithographien, Skulpturen, Keramiken, Mosaiken geschaffen, unzählige Bücher illustriert.

Dabei ist der Künstler stets offen geblieben für neue Techniken und Materialien. Was den Künstler immer wieder zu künstlerischen Höchstleistungen antreibt, umschreibt er knapp mit seinem Lebensmotto, dem er stets treu geblieben ist:  
**Panta rhei - alles fliesst.**



**“Taube mit ausgebreiteten Flügeln”** Symbol des Friedens  
Handsignierte und nummerierte Original-Lithographie von Hans Erni, in limitierter Auflage von 150 Exemplaren, mit Zertifikat. Format 56 x 76 cm. Fr. 3'000.-  
In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnittpassepartout. Format 74,5 x 90 cm. Fr. 3'550.-



## “Zeitmessung”

Handsignierte und nummerierte Original-Lithographie von Hans Erni in limitierter Auflage von 150 Exemplaren, mit Zertifikat. Format 76 x 56 cm. Fr. 3'000.-  
In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, mit Schrägschnittpassepartout. Format 87 x 70 cm. Fr. 3'550.-

Coupon einsenden an: **Leserangebot FDP Schweiz**, Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

## Bestellschein mit 14 Tage Rückgaberecht

Ja, ich bestelle folgende Original-Lithographien von Hans Erni:

### “Taube mit ausgebreiteten Flügeln”

ungerahmt Fr. 3'000.-  in echt Weissgoldrahmen Fr. 3'550.-

### “Zeitmessung”

ungerahmt Fr. 3'000.-  in echt Weissgoldrahmen Fr. 3'550.-  
Preise inkl. MwSt., zuzüglich Versand- und Versicherungsanteile.

Ich wünsche meine Original-Lithographie von Hans Erni mit einer persönlichen Widmung. (Bitte gewünschter Text beilegen).

Ich bin an Kunst interessiert. Bitte senden Sie mir Ihren Kunst Katalog.

117 4FDP/4/99 1051

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Str./Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Geb. Datum \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: **Leserangebot FDP Schweiz**, Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

ABSTIMMUNG  *Asylpolitik*

# Für eine griffige Migrationspolitik – auch am 13. Juni

**Der Bundesrat hat entschieden: Am 13. Juni stimmen die Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger auch über das revidierte Asylgesetz und die dringlichen Bundesbeschlüsse im Asylbereich ab. Die Auswertung der bisherigen Erfahrungen mit den dringlichen in Kraft gesetzten Massnahmen zeigt ein positives Bild. Diese Massnahmen genügen aber noch nicht.**

VON FDP-PRESSECHIEF  
GUIDO SCHOMMER,  
BERN

Die FDP hat am 1. Mai 1998 als erste Partei die dringliche Inkraftsetzung der Bestimmungen betreffend Identitätsdokumenten von Asylbewerbern gefordert. Die «Papierlosen»-Regelung hilft mit, Missbrä-

che zu verhindern. Sie ist aber natürlich kein Hilfsmittel zur Dämpfung des Zustroms von Asylbewerberinnen und -bewerbern im generellen, wie sich das vielleicht mancher Isolationist vorgestellt hatte. Dazu war diese Massnahme aber auch nicht getroffen worden.

**Die Schweiz braucht eine Asylausenpolitik**

Diese dringliche Massnahme kommt gemeinsam mit der Revision des Asylgesetzes am 13. Juni 1999 zur Abstimmung. Sie verdient auf Grund der bewiesenen Wirksamkeit ein klares Ja. Natürlich ist damit die Migrationsproblematik nicht gelöst. Vielmehr gilt es auf zwei Schienen weiterzufahren:

Die Schweiz braucht eine eigentliche Asylausenpolitik. Dies heisst, dass in erster Linie gemeinsam mit andern Staaten versucht werden muss, Migration am Krisenort zu verhindern oder unnötig zu machen. Die Bewaffnung schweizerischer Truppen im friedenssichernden Einsatz ist ein Beitrag der Schweiz zur Bewältigung solcher grenzüberschreitender Herausforderungen. Von grösster Wichtigkeit, aber nicht im Alleingang zu verwirklichen ist der Einbezug der

Schweiz in die Abkommen von Dublin und Schengen. Falls die Schweiz aussen vor bleibt, droht sie zum Ersatzasylland Europas zu werden – zusätzlich zum bereits existierenden Zustrom in die Schweiz! Die Schweiz hat also alles Interesse, durch Kooperation über die gegenwärtig diskutierten bilateralen Verträge hinaus die Zusammenarbeit zu suchen. Dies haben in der Schweiz noch nicht alle begriffen: Gleichzeitige

Bekämpfung jeder Kooperation mit Europa – beispielsweise der bilateralen Verträge – und die Forderung nach einer besseren Asylsituation in unsrem Land vertragen sich politisch sehr schlecht.

**Erzwungene Referendumsabstimmungen**

Asylinnenpolitische Massnahmen stehen bei der Abstimmung vom 13. Juni 1999 zur Diskussion. Die Revision des Asylgesetzes

zielt zwar wie die dringlichen Bundesbeschlüsse in die richtige Richtung und ist zu unterstützen. Trotzdem: Das im Parlament beschlossene Paket genügt offensichtlich nicht. Darum ist es auch opportun, trotz den von der extremen Linken erzwungenen Referendumsabstimmungen über weitere notwendige Massnahmen zu diskutieren. ■

**«So gewinnt man Wahlen!»**

**Wahlchancen optimieren** mit professioneller PR-Beratung. Spezielle Gutachten und Analysen der persönlichen Wahlsituation auf Grund der Datenbank von 124 Wahlgewinnern aus der ganzen Schweiz sowie Erarbeitung und Umsetzung von Wahlkampfkonzepten auf lokaler, kantonaler und nationaler Ebene.

**Anfragen an:** Dr. Bettina Jaques-Bosch, Kommunikation und PR, Zürcherstrasse 19, 8640 Rapperswil, Tel. (055) 210 38 00, Fax (055) 210 38 06.

**Sichern Sie sich sofort den Buch-Ratgeber zum Wahlerfolg:**

Bettina Jaques-Bosch: «So gewinnt man Wahlen!» Kränich-Verlag, 114 Seiten, Fr. 98.–. Bestellungen an obige Adresse.

# TECHNO? LOGISCH!

THE BENEFITS OF TECHNOLOGY

**SULZER**



17. APRIL 1999 ○ Öffentliche Tagung

# Gewalt an Schulen

Die Schweizer Schulen sind mit Gewalt und Integrationsproblemen konfrontiert, die bisher in unserem Land nicht zu existieren schienen. Der St. Galler Lehrermord hat eine Welle der Emotionen ausgelöst. Dieser Gewaltakt ist leider nur die Spitze eines Eisbergs. Die FDP Schweiz lädt alle Interessierten, insbesondere die Lehrkräfte, ein, an dieser Tagung teilzunehmen. In einer konstruktiven und vorurteilsfreien Atmosphäre sollen die Bedingungen diskutiert werden, damit Lehrerinnen und Lehrer wieder unter günstigen Bedingungen arbeiten können. Zum zweiten sollen Massnahmen diskutiert werden, um die ethnisch oder sozial begründete Desintegration zu bekämpfen.

Der Ausschuss für Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik der FDP Schweiz erachtet eine Diskussion mit Praktikern heute als unumgänglich. Dank dem Einbezug der praktizierenden Lehrerinnen und

Lehrer erhofft sich die FDP Vorschläge, wie die erwähnten Probleme auf politischer Ebene angegangen werden können. Die Resultate dieser Tagung sollten es den Parlamentarierinnen und Parlamentariern ermöglichen, auf

nationaler und interkantonalen Ebene diese Debatte zu führen. Das Seminar findet am Samstag, 17. April 1999, an der Universität Bern, Hochschulstrasse 4, in Bern statt. Beginn: 9.00 Uhr, Seminarende: 16.00 Uhr. ■

## Café d'accueil

■ Einführung (D+F)	C. Langenberger
■ Die Rolle des Staates (D+F)	M. Annoni
■ Realschule Bürgli: «untragbare» Schüler und Zusammenarbeit mit den Eltern (D)	Realschule Bürgli
■ L'échec de l'intégration à/par l'école et ses conséquences sociales. Aux sources de la délinquance (F)	C. Franziskakis, patronage, Genève
■ Interkulturelle Frage – Mithilfe der Ausländervereine für die Integration von Immigrantenschülern (D+F)	U. Leuenberger, Uni populaire, Albanaise
■ Basler Erfahrung: Schulpsychologendienst in einem leistungsorientierten System (D)	P. Gutzwiller, Schulpsychologendienst, BS
■ Unterrichten und erziehen: klare Definition der Rollen der Familie und der Schule. Gewalt in den Schulen (D)	A. Guggenbühl Institut für Konfliktmanagement
Pause – Organisation der Arbeitsgruppen	
■ Arbeitsgruppen:	
1. Wie kann die «kleine Delinquenz» der Schülerinnen und Schüler bekämpft werden?	
2. Wie können die Eltern besser einbezogen werden?	
3. Wie kann mit den kulturellen Unterschieden umgegangen werden?	
4. Wie soll mit untragbaren Schülern umgegangen werden, damit die Lehrertätigkeit noch möglich ist?	
■ Präsentation der Arbeiten	Gr. 1-4
■ Zusammenfassung der Tagung	Christiane Langenberger – Realschule Bürgli

Die Teilnahme ist unentgeltlich. Vor Ort bestehen einfache Verpflegungsmöglichkeiten auf eigene Kosten. Anmeldungen per Talon, Fax (031) 320 35 00, per E-mail: favre@prd.ch oder per Post an folgende Adresse: FDP Schweiz, Bildung, Postfach 6136, 3001 Bern

Für weitere Informationen wenden Sie sich an Bernard Favre, (031) 320 35 35, oder favre@prd.ch

## Die Frauen der FDP auf dem Weg ins nächste Jahrtausend

Grosser Festanlass und Wahlkampfauftakt

### WANN:

Samstag, den 26. Juni 1999,  
Zeitraumen ca. 10.30–15.30 Uhr

### Wo:

Im neuen Kultur- und Kongresszentrum in Luzern  
(ist allein schon eine Reise wert)

### TEILNEHMERINNEN:

Alle National- und Ständerätinnen, alle Regierungsrätinnen, Bundesrichterin und Generalsekretärin der Bundesversammlung, alle Mandatsträgerinnen auf kantonalen und kommunaler Ebene, alle Kandidatinnen für die Parlamentswahlen am 24. Oktober 1999, alle Frauen in der FDP sowie Sympathisantinnen... kurz: ein Grossaufmarsch.

### DABEISEIN IST EIN MUST.

### PROGRAMM:

u. a. Ansprache von Frau Nationalratspräsidentin Trix Heberlein, Statements der Fraktionspräsidentin Ständerätin Christine Beerli und von Mandatsträgerinnen und solchen, die es werden wollen, aus allen Landesteilen

### Musik:

Frauen spielen Musik von Frauen:  
Klaviertrio von Fanny Mendelssohn

### Tanz:

Future dance Team

### Imbiss:

hoffentlich auf der Terrasse des KKL

### Gastreferentin:

Khalida Messaoudi, Algerien,  
Trägerin des Friedenspreises  
der Liberalen Internationalen 1998

Und weitere Events, die wir noch nicht verraten.

### ZIEL:

Solidarität zeigen, feiern, den Wahlkampf aufnehmen, mindestens 1000 Teilnehmerinnen

Aufgabe an alle: Termin reservieren und blockiert lassen.  
Frauen mobilisieren.

Tel. 041 / 377 55 71

## NOVO vital

- ◆ Rollatoren *Badelift*
- ◆ Haltegriffe
- ◆ Elektromobile
- ◆ Komfortbetten
- ◆ Massage-/Relaxsessel

*Bestes Preis-/Leistungsverhältnis!*

NOVOvital, Hofmattweg 5  
6045 Meggen

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

FRÜHJAHRSTAGUNG ◊ Die Frau als Lebensarbeiterin

# Steuerrecht den Lebensformen anpassen

Die FDP-Frauen Schweiz wollen sich verstärkt dafür einsetzen, dass die strukturellen Hindernisse im Steuer- und Vorsorgerecht der Frauen abgebaut werden. Zusammen mit dem Einsatz für familienergänzende Betreuung der Kinder werden damit die Voraussetzungen geschaffen, die Frauen und Männern eine freie Lebensgestaltung ermöglichen und sie befähigen, sich in einem veränderten Arbeitsmarkt besser zu behaupten. Anlässlich ihrer Frühjahrstagung «Die Frau als Lebensarbeiterin» haben die freisinnigen Frauen der Schweiz unter der Leitung ihrer Präsidentin, Sibylle Burger-Bono, dazu ein Thesenpapier mit vier Kernpunkten verabschiedet.

liegen im Interesse von Eltern und Kindern, auch wenn die Mutter keiner Erwerbsarbeit, sondern einer anderen ausserhäuslichen Tätigkeit nachgeht. Die FDP-Frauen Schweiz wollen sich in ihrer politischen Arbeit schwergewichtig für ein geschlechts- und zivilstandsunabhängiges Sozialversicherungs- und Steuersystem einsetzen und das Engagement zugunsten ausserfamiliärer Betreu-



Die Frau als Lebensarbeiterin – das Tagungsthema der FDP-Frauen Schweiz lockte 100 Frauen in das Zunfthaus zur Zimmerleuten.

Für die FDP-Frauen ist es selbstverständlich, sich für die Beseitigung struktureller Hindernisse im Steuer- und Vorsorgerecht einzusetzen und damit den Frauen ihre ökonomische Unabhängigkeit aktiv zu verschaffen. Im Vordergrund steht dabei die Öffnung der 3. Säule für Teilzeitarbeitende unabhängig von ihrem Zivilstand, und im Steuerrecht ist der Übergang von der Ehepaarbesteuerung zur Individualbesteuerung eine ernsthaft zu prüfende Alternative. Familien und Erziehende müssen aber auch auf Infrastruktural-



Ständerätin Erika Forster, St. Gallen, im Gespräch mit Regierungsrätin Ruth Gisi, Solothurn, Margrit Weber, Vorstandsmitglied der FDP-Frauen Schweiz, und Annette Lenzinger, Initiatorin Childcare Service für Führungskräfte.

ren wie Kinderbetreuung, Blockzeitenschulen oder Mittagstische zählen können. Solche Einrichtungen

ungseinrichtungen für Kinder verstärken.

Eingeleitet wurde die Tagung mit vier Referaten von Professor Walter Hollstein, Berlin, Professorin Heidi Schelbert, Zürich, Ständerätin Erika Forster, St. Gallen, und Matthias Kummer, Direktor der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft.

Hollstein, ein bekannter Autor zum Thema Rollenverständnis von Männern und Frauen, belegte anhand zahlreicher Fakten und Untersuchungen, dass sich am traditionellen Rollenverständnis von Frauen und

Männern in unserer Gesellschaft in der Praxis wenig geändert habe. Die Männerrolle werde in unserer Gesellschaft nach wie vor «vergoldet», mittels Aufstiegsmöglichkeiten, Lohn, Anerkennung. Das Rollenschema sei letztlich eine ineffiziente Regulierung und gehöre schon aus volkswirtschaftlichen Gründen abgeschafft, plädierte Schelbert. Die Wirtschaft könne sich die Unternutzung des weiblichen Fähigkeitspotentials auf Dauer nicht leisten. Der Wandel in der Wirtschaft schaffe nicht nur neue, andersartige Arbeitsplätze, sondern verlange auch nach neuen Fähigkeiten. Das Auslagern von Dienstleistungen, die Zunahme von Free-lance-Jobs sei eine Chance für die gut ausgebildeten Frauen. Die Veränderungen in der Wirtschaft sind nach Matthias Kummer von einem solchen Ausmass, dass sie auch das traditionelle Rollenverständnis von Mann und Frau berühren. Wirtschaft und Staat werden angesichts der demographischen Entwicklung gutausgebildete, verfügbare Frauen

benötigen. Der Druck zur Verwirklichung von familienexternen Betreuungsangeboten wird wachsen. Ständerätin Erika Forster warnte vor einer «Zweiklassengesellschaft», in welcher nur noch Frauen Kinder haben, die auf ihren Beruf verzichten, und Frauen auf Kinder verzichten, damit sie sich ganz ihrem Beruf widmen können. Obwohl es immer wieder Frauen gibt, die mit allen Herausforderungen eines modernen Frauenlebens fertig werden, müssen endlich die indirekten Diskriminierungen im Gesetzgebungsbereich gelöst werden. Es bedeute aber auch, sich von Klischees über «richtige» und «nicht-richtige» Frauen zu lösen und Frauen als Individuen wahrzunehmen. Dies – zusammen mit einer klaren Absage der Männer an ihre Rollenfixierungen – wäre ein entscheidender Beitrag für eine neue partnerschaftliche Gesellschaft.

Das Thesenpapier «Die Frau als Lebensarbeiterin» kann bestellt werden bei: Brigitte Kaufmann-Arn, Postfach 11, 8592 Utwil, oder per Fax mit der Nummer (071) 460 09 45 oder per E-Mail: kaufmanncom@bluewin.ch.



Matthias Kummer, Direktor der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, gab sich überzeugt, dass der aktuelle Umbau der Wirtschaft mit seinen neuartigen Arbeitsplätzen den Druck erhöhe, familienexterne Betreuungsangebote für Kinder zu schaffen.



WETTBEWERB  Geschenk

# Was erhält der Parteipräsident?

Am Rande der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 20. März 1999 erhielt Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger von einer der Redaktion nicht bekannten Dame ein Geschenk überreicht. Was mag wohl in dem kleinen Paket verborgen gewesen sein?



## Talon

Ich weiss, was im Paket enthalten ist:

« \_\_\_\_\_ »

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: [gs@fdp.ch](mailto:gs@fdp.ch)

## TERMINE

<b>April</b>		6.	Bundesratsparteiengespräche
13.	Presseverband	7.	Von-Wattenwyl-Gespräch
17.	«Schulen Schweiz: Wie der Gewalt begegnen?» (Bern)	8.	FDP-Frauen-Delegiertenversammlung
18.	Eidgenössische Abstimmung	21.	Vorsessionale Fraktionssitzung
19.	Fraktionssitzung	31.–18. 6.	<i>Sommersession</i>
20.–22.	<i>Sondersession (Reservedatum)</i>	<b>Juni</b>	
22.	Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung	3.	Geschäftsleitung (Fronleichnam)
23.	Fraktionssitzung / Delegiertenrat	9.	Fraktionsausflug
23./24.	Ordentliche Delegiertenversammlung (Brig)	13.	Eidgenössische Abstimmung
24.	Fraktionssitzung	22.	Presseverband
<b>Mai</b>		26.	FDP-Frauentag
4.	«Nouvelles technologies et emploi: Quel avenir?», Symposium	<b>Juli</b>	
		6.	Presseverband (Generalversammlung)

## Werben Sie erfolgreich in Ihrer Parteizeitung!

Weil ein Inserat in 78 000 Exemplaren von «Freisinn FDP Schweiz» viele interessierte Leserinnen und Leser findet.

Und weil Sie sich damit den attraktiven Markt unserer Mitglieder erschliessen.

Wir freuen uns auf Ihre Präsenz,

Ihre FDP Schweiz

Ich/wir möchte/n mehr über die Werbemöglichkeiten in «Freisinn FDP Schweiz» erfahren:

- Bitte senden Sie mir/uns den aktuellen Anzeigentarif.
- Die Anzeigenverwaltung soll mit mir/uns Kontakt aufnehmen.

Name/Firma: \_\_\_\_\_

Zuständig: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Fax: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden/faxen an:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz  
Postfach 6136, 3001 Bern

Telefon (031) 320 35 35, Fax: (031) 320 35 00  
E-Mail: [gs@fdp.ch](mailto:gs@fdp.ch)

# Mutterschaftsversicherung: Zwängerei

In der letzten Ausgabe «Der Freisinn» fordern Sie die Leser auf, ihre Meinung zu äussern über das, was sie gefreut und geärgert hat. Ich tue das gerne.

Gefreut hat mich die Absicht der FDP, einen Steuerstopp zu fordern, bis eine Gesamtschau des Bundesrates über alle Projekte mit steuerlichen Auswirkungen vorliegt, und dass sie keine neuen Steuerbela-

stungen akzeptieren will, bis diese Gesamtschau auf dem Tisch liegt. Besonders richtig und wichtig scheint mir die Ankündigung, eine Volksinitiative zur Stabilisierung der Steuerlast zu lancieren.

Masslos ärgere ich mich über die Absicht des Bundesrates, die Abstimmung über die Mutterschaftsversicherung bereits auf den 13. Juni anzusetzen, mit

dem klaren Ziel, eine Referendumsabstimmung zu unterlaufen. Ich halte dies nicht nur für eine inakzeptable Zwängerei, sondern für eine krasse Missachtung demokratischer Grundrechte. Die federführende Dame im Bundesrat in dieser Sache zeigt deutlich ihr mangelhaftes Demokratieverständnis, was allerdings nicht verwundert, gibt sie sich doch bei Gelegenheit

immer noch als Trotzkinistin aus. Besonders ärgerlich ist meines Erachtens, dass ausgerechnet ein FDP-Bundesrat den Ausschlag für diesen hirnrissigen Entscheid gab. Ich hoffe sehr, dass er seine Haltung in dieser Sache noch einmal gründlich überlegt.

René Vogelbacher-Stampa,  
Däniken

Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie? Was meinen Sie?  
**Haben Sie sich gefreut, geärgert? Schreiben Sie uns!**  
Unsere Adresse:  
Redaktion  
Der Freisinn  
FDP Schweiz  
Postfach 6136  
3001 Bern

# Atomlotterie

Allein im Bundeshaus laufen derzeit zehn energiepolitische Geschäfte. Aber Energie und Umwelt sind fürs Volk und folglich für Politik und Medien gegenwärtig kein Thema. Zudem verlagert sich der Infomarkt aufs (verstopfte) Internet. Demokratische Meinungsbildung wird dementsprechend zur Atomlotterie, wie folgendes Beispiel zeigt:

Rund 40% Strom liefern die fünf Schweizer AKW. Sie sollen nach 40jähriger Betriebsbewilligung zwischen 2009 und 2024 abgeschaltet werden, dann beginnt für die Schweiz der Strommangel; falls Europa nicht aushilft. Dort laufen heute über 200 AKW, davon 50 in Russland, mehrheitlich vom Typ Tschernobyl! Die sollen mit West-Geld saniert werden; Österreich lebt schon lange von diesem Strom.

Bislang wurden in der Schweiz rund 3% neue Stromquellen geschaffen (0,012% Solar). Das Programm «Energie 2000» erlitt Schiffbruch und wird seit Jahren finanziell abgewürgt. Milliarden von Fran-

ken sollten jährlich in neue Energiequellen investiert werden und Tausende von Arbeitsplätzen schaffen; aber niemand will zahlen. Zur Förderung der Zahlungsfreudigkeit werden jetzt allerlei Geldverteilungsgesetze erfunden, eines verspricht sogar Beiträge an die Sozialversicherungen (AHV) von jährlich 10 bis 20 Milliarden Franken.

Die EU-kompatible «Strommarktliberalisierung» bringt tiefere Preise für Grossverbraucher, auf Kosten der Kraftwerk-Eigentümer (Kantone, Gemeinden, Steuerzahler und Pensionskassen). Zusätzlich seien 16 000 Millionen Franken für die Stillegung der fünf AKW und für die Entsorgung des Atommülls zu bezahlen und weitere Milliarden für Umweltschutz, Ozonloch und Finanzlöcher.

Welches Los unsere Nachkommen erwartet, ist noch nicht sichtbar, aber es ist spannend zu sehen, wie die Entscheide rollen!

Jürg Jehle, Brügg

# I have a dream!

Mit den Worten von Martin Luther King: «I have a dream!» Ich träume davon, dass eines Tages auch das Kind im Mutterleib als lebenswert, als etwas Einmaliges und Schützenswertes angesehen wird.

Was ist das für eine Welt, in der es Menschen gibt, die sich für die Tötung dieser kleinen, hilflosen Geschöpfe einsetzen? In der heutigen Zeit kann dank den technischen Errungenschaften bis ins Detail die Entwicklung des ungeborenen Lebens bewiesen werden. Es ist ein Lebewesen, so klein und schon so vollkommen: Ab der 3. Schwangerschaftswoche schlägt das Herz, ab der 8. Schwangerschaftswoche ist das Nervensystem fertig entwickelt, und ab der 12. Schwangerschaftswoche sind alle Organe entwickelt. Das Kind muss nur noch wachsen! Es ist ein menschliches Lebewesen, so klein und schon so vollkommen! Und dieses Lebewesen darf man aus dem Mutter-

leib herausreissen, und (fast) niemand schreit auf.

Vor einiger Zeit hat mich eine grössere Tochter gefragt: «Was bedeutet Abtreibung?» Wie soll man einem Kind auf schonende Art und Weise beibringen, was eine Abtreibung ist? Kann man überhaupt so etwas Schreckliches jemandem schonend erklären? So habe ich, wie es in der Presse immer gemacht wird, meinem Kind das Wort Abtreibung erklärt, ohne auf die grauenhaften Details des medizinischen Vorgangs einzugehen. In ein paar Jahren werde ich meinen Kindern auch diese Details zeigen, denn ich will nicht, dass sie zu den Menschen gehören, die davor die Augen verschliessen und nur von Schwangerschaftsunterbruch reden und den eigentlichen medizinischen Vorgang verdrängen. Das Grausamste, das auf dieser Welt geschieht, wird einfach verdrängt, akzeptiert und nicht ausgesprochen.

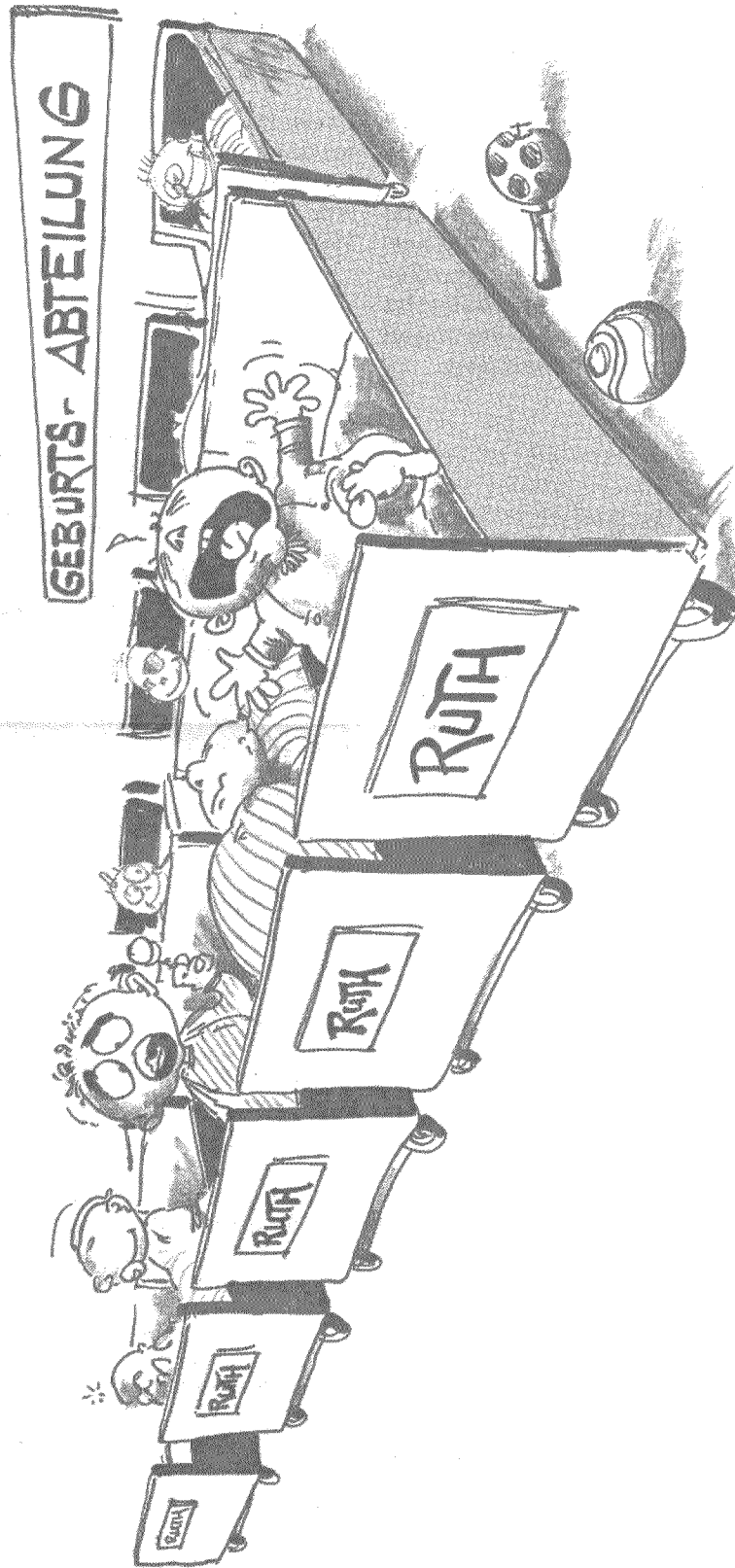
Es ist für mich unfass-

bar, dass man sich im Namen «der Sache der Frau» einsetzen kann. Wie kann man so der Sache der Frau dienen? Die Verantwortung und die Selbstbestimmung sollten von der Frau vor der Zeugung wahrgenommen werden, denn nachher geht es um weit schwerwiegendere Fragen, nämlich um Leben oder Tod eines Lebewesens. Warum wagen die Verfechter der Abtreibung nie, das Wort Abtreibung im Klartext zu beschreiben, sondern werfen immer mit diesen abgedroschenen Parolen um sich? Ich weiss es. I have a dream!

Maria Rita  
Marty,  
Gunterswilen



# Nach der Bundesrätinnen-Wahl: Ruth-Mania



Karikatur Andreas Töns

BUNDESRATSWAHL  Ruth Metzler und Joseph Deiss gewählt

# FDP rechnet mit Unterstützung für Modernisierungspolitik

**Die FDP gratuliert Ruth Metzler und Joseph Deiss herzlich zur Wahl in den Bundesrat. Sie hofft, dass damit die Modernisierungspolitik im Bundesrat klar mehrheitsfähig wird. Die FDP lädt die zwei Neugewählten zur engen Zusammenarbeit ein, um jenseits von Status-quo-Politik und Ideologien sachlich richtige politische Antworten auf die heutigen Herausforderungen zu suchen und gemeinsam durchzusetzen.**

FDP: Ruth Metzler für den ersten, Joseph Deiss für den zweiten Sitz: Die beiden neuen CVP-Bundesräte sind gewählt. Die Forderungen, welche die FDP im Vorfeld der Nominierungen geäussert hatte, sind im wesentlichen erfüllt worden. Die FDP hat bereits in ihren Visionen 1999–2007 für den Bundesrat mehrere Frauen und ein Durchschnittsalter unter 50 Jahren gefordert. Diese Vorgabe bleibt dank FDP-Engagement kein toter Buchstabe. Eine junge Frau und ein

Vertreter der lateinischen Schweiz wurden gewählt. Die Wahl dürfte für den nationalen Zusammenhalt, den besseren Einbezug der jüngeren Generationen und der bürgerlichen Frauen in die Politik von einiger Bedeutung sein.

## Mehrheit für Modernisierungspolitik

Die FDP hofft, in Zusammenarbeit mit den beiden Neugewählten ihre Modernisierungspolitik im Bundesrat mehrheitsfähig machen zu können. Gefordert

ist von den zwei Neugewählten insbesondere finanzpolitische Verlässlichkeit sowie eine klare und realistische Haltung zur Weiterentwick-

lung der Sozialwerke. Verliererin dieser Wahl ist die SP, die sich mit ihrem heute morgen aufgebauten Druck völlig verschätzt und selber

ein Bein gestellt hat: Die SP hat keinen ihrer favorisierten Kandidaten durchsetzen können. ■



Die FDP – hier die Delegierten beim Ja zur neuen Bundesverfassung – hofft auf eine Unterstützung ihrer Modernisierungspolitik durch die zwei neuen Mitglieder des Bundesrats. (Bild ruti)

## Wohneigentum: FDP hält Wort

**Die FDP hat im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative «Wohneigentum für alle» den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung als Gegenvorschlag lanciert. Dieser Gegenvorschlag ist nun mit einer Fraktionsmotion konkretisiert worden.**

FDP: Die geltende Besteuerung des Wohneigentums ist in verschiedener Hinsicht unbefriedigend. Die Verhältnismässigkeit zwischen Erhebungsaufwand und Steuereinnahmen ist problematisch. Die Abzugspraxis hemmt die Amortisation der Hypotheken. Jene Steuerpflichtigen, die kei-

nen Zinsaufwand geltend machen können und nicht (mehr) über Erwerbseinkommen verfügen, leiden unter einer gemessen an der effektiven Leistungsfähigkeit überhöhten Steuerlast. Gezielte steuerliche Anreize durch begünstigtes Bausparen fehlen. Die Ablehnung der Initiative

«Wohneigentum für alle» war für die FDP denn auch mit der Forderung nach dem sogenannten Systemwechsel verknüpft.

### Den Systemwechsel konkretisiert

Die FDP-Fraktion hat eine Motion eingereicht, die den Systemwechsel konkretisiert. Sei verlangt eine Änderung der Bundesgesetze für die direkte Bundessteuer und über die Harmonisierung der direkten Steuern mit folgenden Eckwerten:

■ Die Eigenmietwertbesteuerung ist abzuschaffen.

■ Der Abzug der Hypothekenzinsen auf genutztem Wohneigentum ist aufzuheben.

■ Um den Ersterwerb von Wohneigentum zu fördern, wird wahlweise das Bausparen steuerlich begünstigt oder der Abzug der Hypothekenzinsen bis zu 12 Jahren degressiv zugelassen.

■ Der Abzug der Unterhaltskosten wird gewährleistet.

■ Damit sich die Steuerpflichtigen auf den System-

wechsel einstellen können, ist eine längere Übergangszeit sicherzustellen. Für Phasen ausserordentlich hoher Zinsen sollen Erleichterungen ermöglicht werden.

Die FDP begrüsst in diesem Zusammenhang die ergriffene Initiative von Bundesrat Villiger zur gründlichen Prüfung des Systemwechsels und wünscht den Einbezug dieser Überlegungen in die geforderte Gesamtschau aller Steuer- und Abgabenprojekte. ■